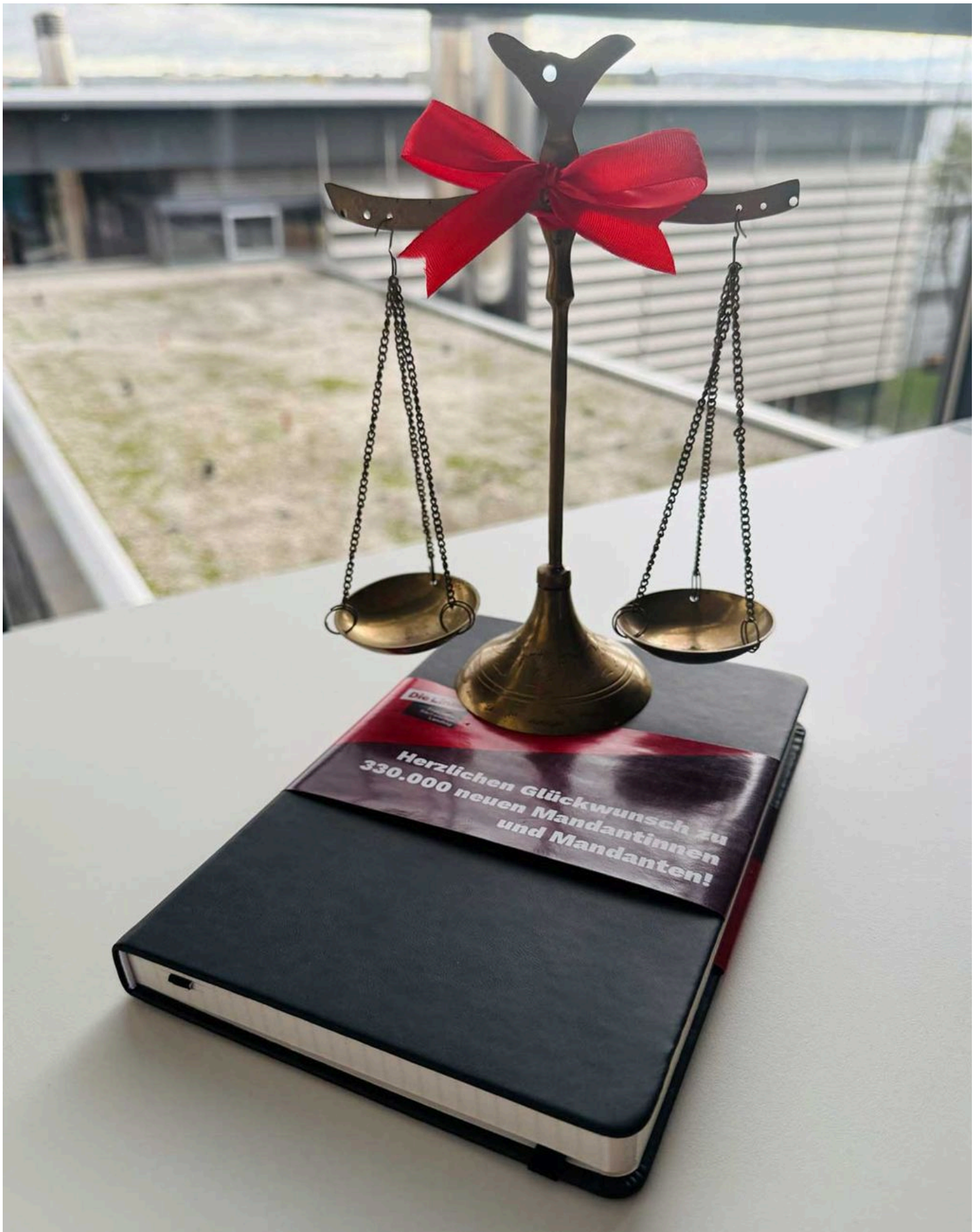


Fraktion Die Linke im
Sächsischen Landtag
#sogehtsolidarisch Ende
Oktober 2025

Die Linke

Fraktion im
Sächsischen Landtag



Liebe Leserin, lieber Leser,

der Landtag den CDU-Abgeordneten Martin Modschiedler zum ersten Sächsischen Integrationsbeauftragten gewählt – auch mit den Stimmen der Linksfraktion. Wir gratulieren

und wünschen ihm Kraft, Empathie und Durchsetzungsvermögen. Unsere Abgeordneten haben ihm einen Vertrauensvorschuss gewährt und ein symbolisches Geschenk gemacht: eine Waage zum Ausgleich der Interessen und die Erinnerung, dass Modschiedler Anwalt aller Menschen mit Migrationsgeschichte in Sachsen sein muss. Er muss sein wichtiges Amt spürbar weiterentwickeln – [die Aufgabenliste ist lang](#).

Bundesweite Aufmerksamkeit erhielt der Landtag in dieser Woche indes wegen der schwierigen Abstimmung zum Rundfunk-Reformstaatsvertrag. Darauf und auf viele weiteren landespolitische Themen der letzten Tage blicken wir heute kurz zurück.

Kevin Reißig, Pressesprecher

Inhaltsverzeichnis

1. Kretschmers Vorschlag zur Wehrpflicht klingt reizvoll – aber nur, wenn Jugendliche ab 16 mitmachen dürfen
2. Mehr Menschen bekommen Wohngeld – der Bund muss aber Länder und Kommunen entlasten!
3. Mehr Berufstätige brauchen Bürgergeld – vergiftete Debatte ist ungerecht gegenüber den Betroffenen
4. Das Bundesverfassungsgericht soll schnellstmöglich entscheiden, ob die AfD verboten gehört!
5. Wir haben die Zitterpartie beim Reformstaatsvertrag beendet – über die Konsequenzen wird zu sprechen sein
6. Auch die jungen Leute in Sachsen sollen mit 16 Jahren wählen dürfen
7. Konservative dürfen nie wieder Faschisten den Steigbügel halten
8. Chipkrise: Deutschland muss industriepolitisch handlungsfähig werden!
9. Eine Landzahnarztquote ist machbar, reicht aber nur für den hohlen Zahn
10. Auch das gibt's

Kretschmers Vorschlag zur Wehrpflicht klingt reizvoll – aber nur, wenn Jugendliche ab 16 mitmachen dürfen



Es ist ein Wert an sich, wenn die Leute über eine Frage abstimmen können, die sie direkt betrifft. Deshalb klingt der Vorschlag des Ministerpräsidenten, bundesweit über die Wehrpflicht abstimmen zu lassen, reizvoll. Allerdings müssten mindestens Jugendliche ab 16 Jahren ihr Votum abgeben können, damit nicht die älteren Generationen allein über die Wehrpflicht entscheiden. Dabei müsste

auch ein Vorschlag zur Wahl stehen, der Zwangsdienste ausschließt. Auf der Landesebene hat Michael Kretschmer übrigens durchaus Möglichkeiten, Volksentscheide zu erleichtern.

Mehr Menschen bekommen Wohngeld – der Bund muss aber Länder und Kommunen entlasten!



Die Ausgaben für das Wohngeld steigen auch in Sachsen – nach Änderungen im Bund können jetzt mehr Menschen mit geringem Einkommen die Sozialleistung erhalten. Das ist gut – 4,5 Prozent der Haushalte im Freistaat bekommen Wohngeld, nur in Mecklenburg-Vorpommern ist diese Quote noch höher. Die Einkommen sind im Osten also weiterhin zu niedrig. Viele Menschen kommen nicht über die

Runden, obwohl sie arbeiten gehen. Helfen würden vor allem ordentliche Löhne und Umverteilung. Für die Kommunen sind die Wohngeld-Kosten indes eine enorme Belastung. Wer bestellt, bezahlt – dieses Prinzip gilt nicht nur beim Pizza-Service, sondern auch bei den Staatsfinanzen.

Mehr Berufstätige brauchen Bürgergeld – vergiftete Debatte ist ungerecht gegenüber den Betroffenen



Auch die Zahl der arbeitenden Menschen, die mit Bürgergeld „aufstocken“ müssen, ist im Freistaat gestiegen. Unternehmen, die ihren Beschäftigten einen ordentlichen Lohn vorenthalten, werden von der Allgemeinheit alimentiert. Das dürfen wir uns nicht länger leisten! Ob die Sozialleistung Hartz IV, Bürgergeld oder Grundsicherung heißt: Wer eine schwere Zeit durchmacht, verdient das menschenwürdige Existenzminimum. Sogar der Bundeskanzler beteiligt sich daran, diese Debatte zu vergiften – so

als wären die Millionen Menschen, die Bürgergeld brauchen, faul und würden im Luxus leben. Das ist ungerecht. Es gibt einige, die sich total verweigern, aber deren Zahl ist verschwindend gering: 2024 erhielt gerade mal ein Prozent der sächsischen Bürgergeld-Beziehenden eine Sanktion.

Das Bundesverfassungsgericht soll schnellstmöglich entscheiden, ob die AfD verboten gehört!



Die Linksfraktion wollte im Landtag die Staatsregierung beauftragen, Bestrebungen für ein AfD-Verbotsverfahren zu unterstützen. Lediglich die Grünen-Fraktion unterstützte den Antrag. Einzig das Bundesverfassungsgericht entscheidet, ob die AfD verboten gehört. Wir bleiben dabei: Das Gericht sollte diese Frage schnellstens gestellt bekommen, aussichtslos ist die Sache nicht. Die AfD

ist eine rechtsextreme Partei. Was sie vertritt, ist mit der Menschenwürde-Garantie des Grundgesetzes unvereinbar. Ein Verbotsverfahren ist kein „Allheilmittel“: Es geht darum, ein verfassungsfeindliches Unternehmen gegen Demokratie und Republik zu stoppen – und Schaden von den vielen Menschen abzuwenden, die sich die AfD als Zielscheiben ausgesucht hat.

Wir haben die Zitterpartie beim Reformstaatsvertrag beendet – über die Konsequenzen wird zu sprechen sein



1971markus, CC BY-SA 4.0, Wikimedia Commons

Mit knapper Mehrheit hat der Landtag den „[Reformstaatsvertrag](#)“ gebilligt – auch mit den Stimmen der Linken, obwohl wir den Vertrag insgesamt eher kritisch sehen. Doch sein Scheitern wäre eine Steilvorlage für jene gewesen, die unabhängigen Journalismus als Feind betrachten und die öffentlich-rechtlichen Medien abschaffen wollen. Wir reißen uns nicht in die Blockadefront derjenigen Kräfte ein, die den öffentlich-rechtlichen

Rundfunk diskreditieren und ihn zerschlagen wollen. Wir haben uns in unserer Verantwortung für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk als zentraler Säule der Demokratie entschieden, dem Vertrag trotz unserer großen Bedenken doch zuzustimmen. Die Zitterpartie, die wir damit beendet haben, hat die Minderheitskoalition verursacht. [Über die Konsequenzen wird zu sprechen sein.](#)

Auch die jungen Leute in Sachsen sollen mit 16 Jahren wählen dürfen



Die Linksfraktion hat auch in dieser Wahlperiode einen [Gesetzentwurf](#) eingebracht: Junge Leute sollen schon ab ihrem 16. Geburtstag den Landtag und die Kommunalparlamente wählen sowie bei Volksanträgen, Volksbegehren und Volksentscheiden mitwirken dürfen. Das entspricht der Entwicklung auf der europäischen Ebene und in zahlreichen Bundesländern – dort gilt dieses

Wahlalter bereits. Sachsen sollte die Jugendlichen mitbestimmen lassen statt sie mit Planspielen abzuspeisen.

Konservative dürfen nie wieder Faschisten den Steigbügel halten



Stephan Sprinz, CC-BY-4.0, Wikimedia Commons

„Rechtsradikale bedrohen mehr als das Stadtbild – gemeinsam die Menschenrechte verteidigen“ – dieses Debattenthema haben wir im Landtag gesetzt. Friedrich Merz hat getönt, noch vor der Sommerpause würden die Deutschen spüren, dass es aufwärts geht. Das war wohl nichts! Der Kanzler und seine Regierung haben stattdessen Angst und Wut noch gesteigert. Merz hat versprochen, dass er die AfD halbieren wird. Tatsächlich hat er sie

gestärkt. Wenn ein Bundeskanzler einen ähnlichen Ton anschlägt wie die extreme Rechte, dann normalisiert er deren Positionen. Wir sagen Stopp!

Chipkrise: Deutschland muss industriepolitisch handlungsfähig werden!



Der Landtag hat über die VW- und Chipkrise debattiert: Nexperia, ein niederländischer Chipzulieferer unter chinesischer Kontrolle, wurde von der dortigen Regierung übernommen. China stoppte daraufhin die Ausfuhr von Nexperia-Chips für die Autoindustrie. Jetzt drohen Produktionsstopps. Das wirkt wie ein Brandbeschleuniger: In der sächsischen Automobil- und Zulieferindustrie sind die Jobs von

100.000 Menschen in Gefahr. Deutschland als drittgrößte Volkswirtschaft muss industrie- und wirtschaftspolitisch genauso handlungsfähig sein wie China oder die USA! [Dazu haben wir fünf Vorschläge.](#)

Eine Landzahnarztquote ist machbar, reicht aber nur für den hohlen Zahn



Die Koalition und das BSW wollen eine Landzahnarztquote einführen. Eine gewisse Zahl junger Menschen kommt dann leichter an einen Zahnmedizin-Studienplatz. Sie verpflichten sich aber unter Androhung hoher Vertragsstrafen dazu, für eine bestimmte Zeit im ländlichen Raum zu arbeiten. Diese Quote wird nicht ausreichen, um die Versorgungsprobleme zu lösen, insbesondere nicht im Landkreis Görlitz

und in Südwestsachsen. Entscheidend ist, dass wir Kapazitäten ausbauen: Naheliegend wäre eine zusätzliche zahnmedizinische Ausbildung in Chemnitz. [Gut wären auch Stipendienprogramme und weitere Anreize, die besser funktionieren als Abschreckung.](#)

Auch das gibt's



Die AfD will sich bei jungen Leuten in Ostdeutschland anbieten – und ließ den Landtag über Simson-Mopeds debattieren. Unsere Kulturpolitikerin Luise Neuhaus-Wartenberg hat dazu unter anderem angemerkt: „Wenn ich mir die Bilder von Björn Höcke auf der Simson anschau, fällt mir immer unwillkürlich ein Internet-Video ein. In dem sieht man einen Pavian, der auf einem Wildschwein reitet, das

verzweifelt versucht, den unerwünschten Affen wieder abzuwerfen. Es passt einfach nicht. Genauso wenig passt der Höcke auf die Simson.“ Der BSW-Abgeordnete Nico Rudolph beklagte daraufhin, „ein Parlamentskollege“ sei „als Pavian bezeichnet worden“. Das stimmt nicht – und vor allem ist Höcke kein „Kollege“, sondern ein ordinärer Neonazi, der beharrlich so tut, als wäre er ein normaler Politiker.

Impressum

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351 4935800
Fax: 0351 4935460
linksfraktion@slt.sachsen.de

Folgen Sie uns auf Facebook
Folgen Sie uns auf X
Folgen Sie uns auf Instagram
Folgen Sie uns auf Youtube
Folgen Sie uns auf Flickr

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich hier austragen:
[Newsletter abbestellen](#)